

# Baselbieter Regierung will Gemeindefusionen thematisieren

Bis im Frühling soll der Landrat eine Vorlage erhalten – zeitgleich mit der definitiven Version des Finanzausgleichsgesetzes

BaZ 21.11.08

DANIEL SCHINDLER

**Am Rande einer Veranstaltung in Münchenstein zum Thema Gemeindefusionen kündigte Daniel Schwörer, der Leiter der Stabsstelle Gemeinden in der Finanzdirektion, gestern eine Fusionsvorlage der Regierung an.**

Wie könnte der Kanton Basel-Stadt Gemeindefusionen unterstützen und Anreize für Zusammenschlüsse schaffen? Mit dieser Frage ist CVP-Fraktionspräsidentin Elisabeth Schneider vor über einem Jahr an die Baselbieter Regierung gelangt. Diese hat Schneiders Postulat im Anhang zum Entwurf der Landratsvorlage zum kantonalen Finanzausgleich beantwortet. Sehr zum Ärger von Schneider: «Das Thema Gemeindefusionen hat doch nicht primär etwas mit dem Finanzausgleich zu tun.» Zudem sei die regierungsrätliche Antwort sehr ernüchternd ausgefallen – der Finanzdirektor schreibt, durch Gemeindefusionen wären «kaum nennenswerte Effizienzgewinne zu realisieren». Aus der Sicht von Schneider ist das eine Fehleinschätzung.

Umso mehr hat sie sich über eine Ankündigung von Daniel Schwörer, Leiter Stabsstelle Gemeinden in der

Finanz- und Kirchendirektion, gefreut. An einem Anlass zum Thema Gemeindefusionen der Unternehmensberatung BDO Visura in Münchenstein sagte Schwörer gestern nämlich, die Baselbieter Regierung «erwägt, das Thema Fusionen in einer Vorlage getrennt von der Finanzausgleichsvorlage zu bringen». Dadurch solle eine fundierte Diskussion – losgelöst vom Finanzausgleich – möglich werden, so Schwörer.

Diese Fusionsvorlage befindet sich derzeit «auf Sachbearbeiterebene». Als Zeithorizont für die Überweisung an den Landrat nannte Schwörer den Frühling 2009. Die Fusionsvorlage solle «jedenfalls möglichst zeitgleich» mit der definitiven Version der Finanzausgleichsvorlage überwiesen werden. Für Letztere läuft die Vernehmlassung noch zwei Monate.

**«BREITES INTERESSE».** «Natürlich freue ich mich darüber, dass die Regierung eine Fusionsvorlage bringt», sagte Schneider. Sie sei überzeugt, dass das Thema auf «breites Interesse» stosse. Geht man von der Teilnehmerliste an der Veranstaltung gestern aus, dürfte sie recht haben.

Rund 40 Vertreterinnen und Vertreter von Gemeinden – unter ihnen der Zwangsverwalter von Hersberg, Erich Straumann – liessen sich etwa vom Aargauer Volkswirtschaftsdirektor Kurt Wernli über das Projekt «Gemeindereform Aargau» informieren. Er sagte, dass die Gemeindestrukturen vielfach nicht mehr zweckmässig seien und durch Fusionen verbessert werden könnten.

**BEISPIEL EHRENDINGEN.** Renato Sinelli, Ammann der Aargauer Gemeinde Ehrendingen, berichtete über die Fusion von Unter- und Oberehrendingen vor drei Jahren – und er betonte vor allem die Vorteile: mehr politisches Gewicht, grösserer finanzieller Handlungsspielraum und eine Professionalisierung der Verwaltung.

Auf grosses Interesse stiessen auch die Ausführungen von Urs Hintermann, SP-Landrat und Reinacher Gemeindepräsident, zum Projekt Birsstadt. Es sei für viele «eine Provokation», sagte er. Und setzte gleich noch einen obendrauf: «Wir müssten uns vielleicht einmal ein Projekt «Gross-Basel» überlegen» (siehe Interview rechts).

## «Wir sollten auch über ein Projekt Gross-Basel nachdenken»

Die Birsstadt ist für Urs Hintermann nur ein erster Schritt

INTERVIEW: DANIEL SCHINDLER

**SP-Landrat Urs Hintermann, Gemeindepräsident von Reinach, könnte sich gut vorstellen, die Grenze zwischen Baselland und Basel-Stadt zu verschieben – oder gleich abzuschaffen.**



Foto: Henry Muchenberger

**BaZ:** Herr Hintermann, in Ihrem Vortrag sprachen Sie nicht nur über das Projekt Birsstadt, sondern Sie erwähnten ganz kurz auch ein mögliches «Gross-Basel». Was meinen Sie damit?

**URS HINTERMANN:** (lacht) Nun, das ist ein wenig meine Lieblingsprovokation. Wenn ich über unsere Region fliege und hinunterschaue, dann muss ich sagen, dass dies doch alles eine Einheit ist. So gesehen ist Reinach ein Quartier von «Greater Basel» mit toller Lebensqualität, guten Arbeitsbedingungen und so weiter – aber im Grunde genommen eben doch nur ein Teil der Region Gross-Basel.

**Was schlagen Sie vor?**

Wir sollten den Gedanken weiterverfolgen und über ein Projekt Gross-Basel nachdenken. Wir könnten viele Probleme einfacher lösen, wenn das Selbstverständnis bestünde, dass wir Teil einer grösseren Region sind. Wir müssten nicht immer krampfhaft versuchen, Grenzen zu überwinden. Diese interessieren die Leute doch nicht wirklich.

**Was wäre denn Ihre Idealvorstellung?**

Meine Idealvorstellung wäre, dass die Kantonsgrenze aufgehoben wird – oder dass sie zumindest nicht zwischen den Agglomerationsgemeinden und der Stadt Basel verläuft, sondern weiter hinten, wenn man sie denn unbedingt will.

**Gibts diesbezüglich demnächst einen Vorstoss von Ihnen?**

Nein, nein. Da ist derzeit nichts in der Pipeline. Aber ab und zu einen provokativen Gedanken äussern, hält das Denken in Gang und – wer weiss – vielleicht führt dies dazu, dass es eines Tages dann doch zustande kommt.